

Vossische Zeitung

Gegründet



Zeitung

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrt Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), am Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitungsbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücke-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tgl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder viertelj. 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteiles): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 830, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 292.

Matrosenputsch gegen die Reichsregierung.

Festnahme des Stadtkommandanten. — Vorübergehende Absperrung des Kanzlerpalais. — Schüsse Unter den Linden.

Der Gewaltstreich.

Between der Kommandantur Berlin, die im Auftrag und auf Befehl der Regierung die Sicherheitsverhältnisse der Reichshauptstadt endlich zu klären unternommen hat, und der sogenannten „Volksmarine-Division“ besteht schon seit einigen Tagen ein gespanntes Verhältnis. Die Matrosen sind der Meinung, daß sie unabsehbar seien, und erblicken in dem Versuch, sie in die allgemeine Ordnung der Sicherheitsverhältnisse einzureihen, ein Unrecht, gegen das sie sich das Recht der gewalttamen Selbsthilfe herausnehmen zu können glauben. Sie sind gestern dazu übergegangen, den erwarteten Maßnahmen der Regierung zuvorzukommen und haben einen förmlichen Putsch gegen den ersten Stadtkommandanten, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Otto Wels, unternommen. Dieser, sowie zwei seiner Beamten, der Adjutant Leutnant Fischer und Dr. Wongatz, wurden von den muternden Matrosen in der Kommandantur festgenommen und nach ihrer Hochburg, dem Marstall, verschleppt. Gleichzeitig haben Matrosen, die zur Bewachung des Reichskanzler-Palais dienten, einen Putschversuch in der Reichskanzlei unternommen. Sie haben die dortige Telephonzentrale besetzt und den Zutritt zum Reichskanzlerhaus längere Zeit abgesperrt. Während dieser Zeit war also die Reichsregierung nicht imstande, mit der Außenwelt zu verkehren. Es fällt außerordentlich schwer, Verständnis für die Langmut aufzubringen, das dazu gehört hat, daß sich solche Zustände überhaupt herausbilden konnten.

Den äußeren Anlaß zu dem Putsch hat anscheinend die Tatsache gebildet, daß die Stadtkommandatur die Auszahlung von Löhnungsbeträgen an die Bedingung knüpfte, daß das Schloß geräumt werde. Über den Verlauf des standösen Vorganges wird gemeldet:

„Um 6 Uhr kamen aus der Oberwallstraße, der Charlottenstraße und über die Schloßbrücke Truppen von Matrosen, den Karabiner auf der Schulter, und stießen vor an der Schloßbrücke, gegenüber dem Zeughaus gelegenen Stadtkommandantur, dem Sitz des Kommandanten Wels, zu. Es bildeten sich Ketten von Matrosen, die die Linden von der Charlottenstraße bis zur Schloßbrücke und den Lustgarten, den Dom und die Königstraße absperren. Den Passanten erklärten die Mannschaften, man müsse möglichst schnell die abgesperrten Bezirke räumen, da es nicht unwahrscheinlich sei, daß sich ein Gefecht entspinne werde. Weniglich flüchteten Männer, Frauen und Kinder in die nächtlichen Seitenstraßen.“

Dann zogen die Matrosen, etwa 600 bis 700 Mann, vor die Kommandantur und nahmen dort Aufführung. Eines der Mitglieder des Soldatenrates der Abteilung 3 hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß jeder nur dann schießen solle, wenn man angegriffen würde. Inzwischen hatte man in der Kommandantur Maßregeln ergriffen, um die Matrosen zu zerstreuen. Auf Veranlassung des Stadtkommandanten wurde der Soldatenrat, der im Kronprinzenpalais befindlichen republikanischen Soldatenverein von den Vorfällen benachrichtigt und die im Zeughaus, in der Kommandantur, in der Bibliothek und im Palais Friedrich Wilhelm befindlichen Sicherheitsgarben herbeigerufen. Die Führer dieser Abteilungen rückten mit den Maschinengewehren sofort auf die Straße und brachten die Gewehre dort in Stellung. Gleichzeitig wurden die Soldatenräte der Berliner Garnison durch Fernsprecher verständigt, die auf Lastwagen je eine Kompanie nach der Kommandantur in Marsch setzten. Bevor diese Truppen jedoch eintrafen, hatten die Matrosen ihr Vorhaben schon erreicht. Sie umzingelten die Kommandantur und zehn Matrosen

brachten unter dem aus der „Roten Fahne“ bekannten Ruf: Rieder mit Wels! in die Kommandantur und nahmen Wels, Leutnant Fischer und Intendanturrat Dr. Wongatz fest. Auf der Straße wurden die so überfallenen von den Matrosen in die Mitte genommen und der Trupp zog nun nach dem Marstall. Dort wurden die Festgenommenen in Gewahrsam gebracht. Ein Teil der republikanischen Sicherheitswehr soll, so wird gemeldet, die Binden abgenommen und sich den aufständischen Matrosen angeschlossen haben.

Anarchie.

Der schändliche Zustand einer durch papierene Classe gemilderten Anarchie, in dem die Reichshauptstadt sich seit Wochen befindet, hat gestern seinen Höhepunkt erreicht. Eine unzufriedene Truppe konnte den Reichskanzler in seinem Amtsgebäude einsperren, den Stadtkommandanten und zwei seiner Gehilfen kurzer Hand verhaften. Damit ist das Faustrecht proklamiert. Wenn solche Zustände auch nur einige Stunden lang anhalten können, ohne daß sich die Autorität findet, die nachdrücklich und mit dauerndem Erfolg dagegen einschreitet, dann hat Deutschland aufgehört ein Staat zu sein. Dann gibt es jedem Feind das Recht, deutsches Land und deutsche Menschen zu misshandeln. Was gestern in Berlin geschehen ist, kann nicht als ein örtlicher Zwischenfall betrachtet werden, sondern nur als das drohendste Symptom des endgültigen nationalen Zusammenbruchs.

Der staatliche Neuaufbau eines Volkes ist unmöglich ohne eine staatliche Autorität. Ihre Quelle ist der Wille des Volkes selbst, und so lange dieser nicht eingeholt werden kann, muß diese Autorität durch vorläufige Organe ausgeübt werden, die das augenblicklich größte Werk von Verbündeten besitzen. Die Regierung Ebert-Haase hat ein solches vorläufiges Mandat. Dessenlike Kundgebungen aller Art haben es ihr unzählige Male bestätigt. Die Nebenregierungen sind jetzt bestellt: der Reichstagkongress der Arbeiter und Soldaten hat in offiziellen Formen die Mission der Regierung bestätigt, und zwar gerade in seiner Eigenschaft auch als Vertretung der Soldaten.

Die vorläufige Volksregierung besteht also nach vollem Recht und unter ausdrücklicher Zustimmung der weitesten und am der Revolution am unmittelbarsten beteiligten Volkskreise alle Autorität zur Aufrechterhaltung und Sicherung des staatlichen Lebens. Die gestrigen Vorfälle sind also nur dadurch zu erklären, daß die Regierung von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bisher nicht den pflichtgemäßen Gebrauch gemacht hat. Mit ihrem Mandat hat die Regierung die Pflicht übernommen, gegen jedes Attentat auf das staatliche Leben der Nation tatkräftig einzutreten, und jederzeit durch sofortiges Handeln ihren Anordnungen unbedingte Wirksamkeit zu verschaffen. Anstatt dessen hat die Regierung wochenlang mit Bitten und Drohungen regiert, die Drohungen aber nie verwirklicht. Sie hat dabei ihre notwendige Autorität untergraben, den Glauben an ihre Handlungsfähigkeit erschüttert, den Hang zur Selbsthilfe geradezu gezügelt. Sieht sie jetzt immer noch nicht ein, daß sie damit jede staatliche Ordnung in Frage zu stellen hilft?

Von der unmittelbaren Bedrohung jedes einzelnen, die sich aus solchen Verhältnissen ergibt, soll hier garnicht die Rede sein. Hier handelt es sich darum, daß ein Trupp bewaffneter in Berlin die Reichsregierung lahm legen kann. Wenn es überhaupt noch eine Zukunft des deutschen Volles geben soll, dann muß diesem unerhörten Zustand sofort ein Ende bereitet werden.

Die Volksbeauftragten, auf deren Schultern die ganze Verantwortung dafür ruht, haben sich jetzt zu entscheiden, ob sie gejammert sind, sich noch länger als Regierung zu betrachten oder nicht. Sind sie es, dann muß Deutschland heute noch erfahren, daß der Anarchie und dem drohenden Kampf aller gegen alle durch unbedingt zuverlässige und wirksame Maßnahmen ein Ende bereitet werden ist.

Die Garde rückt an!

Wie wir noch erfahren, rückten vor der Reichskanzlei gegen 8 Uhr abend, vom Westen kommend, große Truppenteile der Gardereferve an, die im Grunewald eingeschüttet sind. Die Truppen führten Maschinengewehre und auch Geschütze mit sich und platzten die Geschütze gegenüber der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße auf. Die Wilhelmstraße selbst wurde vom Wilhelmspaz und Unter den Linden her durch eine Kette von Posten und durch Maschinengewehre abgesperrt. Die Garde war, wie es hieß, gerufen worden, um die Regierung, die von den Matrosen festgesetzt war, zu befreien. Die Truppen standen unter der Leitung des Obersten Schirckh. Der Oberst und die Stabsoffiziere begaben sich in die Reichskanzlei, wo lange Verhandlungen über die zu treffenden Maßnahmen stattfanden.

Im Garten der Reichskanzlei hatten die Matrosen Aufführung genommen.

Nachdem sich die Verhandlungen schon Stundenlang hingezogen hatten, erschien der Volksbeauftragte Barth, um das Wort an die Soldaten und Matrosen zu richten. Er verlangte zuerst, daß die Bajonetts von den Gewehren genommen würden, aber ein Offizier trat ihm entgegen, der ihn fragte, wer er sei, und als sich Barth als Volksbeauftragter zu erkennen gegeben hatte, ihm erklärte, daß der Befehl der Abnahme der Bajonetts nur von dem Major, der den Befehl zum Aufstellen gegeben hätte, entgegengenommen werden würde.

Barth, der eine sehr sättigende Rede hielt, stand nicht den Befall, der ihn sonst von seinem Publikum bereitet wird. Er kam schließlich vor das Gitter auf die Straße und sprach weiter, oft unterbrochen von Zwischenrufen und Fragen. Schließlich erlötzten einzelne Matrosen nach Ebert. Barth versuchte, immer davon abzulenken, erzählte von der Not der Zeit, und daß die Regierung doch aus sechs Volksbeauftragten bestünde, aber die Soldaten ließen sich nicht irre machen, sie verlangten stürmisch, daß Ebert erscheine und zu ihnen rede. Ebert kam dann auch. Als er erschien, schwang vor ihm gehend, ein Major einen sättigenden Befehl und rief: „Hier ist der von der Regierung vorgebrachte Befehl, daß alle Truppen und außliegende Matrosen abzurücken haben.“ Ebert hielt nun eine Ansprache, in der er etwa folgendes sagte:

„Es haben sich heute eine Reihe bedauerlicher Vorkommnisse abgespielt. Die Regierung war eine zeitlang festgelegt, die Telephonzentrale war von Matrosen besetzt. Sämtlich ist es gelungen, mit den Matrosen eine Vereinbarung zu treffen. Die Matrosenzwölfe verläßt noch heute das Haus. Es ist auch vereinbart, daß die übrigen Soldaten abziehen, das Haus wird vollkommen von Militär und Matrosen geräumt. Es ist soviel Blut geslossen, daß nicht mehr Blut fließen. Bitte halten Sie sich an die getroffenen Vereinbarungen.“

Daraufhin ein Ruf aus der Soldatenmenge: „Wer garantiert uns dafür, daß die Matrosen abziehen?“

Ebert: „Ich garantiere und werde den Abzug der Matrosen noch persönlich verhindern.“

Daraufhin gingen wieder alle Volksbeauftragten nach dem Hause zurück, die Stabsoffiziere und die Vertreter der Matrosen folgten, und man machte sich schließlich nach nochmaligen Verhandlungen daran die Matrosenzwölfe der Matrosen auf die Lastwagen zu packen, die Geschütze an die Proben zu spannen und sich für den Heimweg vorzubereiten.

Schließlich wollten die Matrosen aber doch nicht zuerst abziehen und verlangten, daß gemeinsam einer nach rechts und einer nach links an gleicher Zeit abmarschiere. Ebert wußte nochmals auf die Straße kommen, hielt noch in gleichem Sinne wie vorher eine Rede, betonte, daß die Regierung ihre „volle Handlungsfreiheit wiedererlangt“ habe und bat und mahnte zu friedlichen Auseinandergehen. Gegen 10 Uhr löste sich dann das Feldlager vor der Reichskanzlei auf.

Zum Verständnis der Vorgeschichte sei davon erinnert, daß bereits seit längerer Zeit ernste Klagen über Disziplinarlosigkeiten bei der „Volksmarine-Division“ laut geworden waren. Diese waren daraus entstanden, daß in den ersten Tagen der Revolution 650

Matrosen aus Aughaben zum Schutz der Regierung und im Interesse der öffentlichen Ordnung nach Berlin entsandt wurden. Ihre Zahl hat sich unter der Hand auf 3000 erhöht, und zwar ohne daß irgendeemand den Auftrag zu dieser Werbung gab. Ein großer Teil der Leute tut keinen Dienst und terrorisiert die pflichtgetreuen Kameraden. Die Kommandantur trat nun in Verhandlungen ein, um diese Verhältnisse zu klären. Plötzlich verlangten die Matrosen von der Regierung, sich auf 5000 Männer verstärken zu dürfen und der Republikanischen Soldatenwehr angegliedert zu werden. Diesem Verlangen konnte die Kommandantur nicht entsprechen, zumal die vorgesehene Kopfzahl der Soldatenwehr mit 10 000 Mann bereits überschritten war. Über die weiteren Verhandlungen meldete dieser Tage der „Vorwärts“ folgendes:

„Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß diejenigen Matrosen, welche bereits im Auftrag der Kommandantur Wachdienst getan haben, eingetretene Berliner Familienväter und nach Möglichkeit politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, in die Republikanische Soldatenwehr aufgenommen werden. Unlautere Elemente aber, die nach eigener Aussage der Matrosenvertreter in großer Anzahl vorhanden sind, sollten dagegen aus den Reihen der Berliner Matrosen ausgeschieden werden. Eine zweite Forderung ging dahin, die Matrosen aus dem Schloß heraus zu nehmen und in einem geeigneteren Depot unterzubringen, da durch das Finanzministerium festgestellt worden war, daß im Schloß durch Angehörige der Matrosen geplündert und auch sonstiger Schaden angerichtet worden war. Die Delegierten der Matrosen erklärten sich voll und ganz mit diesen Bedingungen der Kommandantur einverstanden! Die erwähnten unlauteren Elemente versuchten deshalb, sich dadurch Anhänger zu verschaffen, daß sie die Matrosen als die unschuldig Verfolgten hinstellten. Auf die Machenschaften dieser Kreise ist auch das Erheben der sogenannten Deputation im Abgeordnetenhaus am Dienstag nachmittag zurückzuführen! Das Interesse der Wahrheit kann aber auch festgestellt werden, daß ein großer Teil der Matrosen — vor allen Dingen der wirklich Dienst tuenden — sich der Kommandantur und der Bevölkerung Berlins verpflichtet hat und sich alle Mühe gibt, die angezettelten Machenschaften unwirksam zu machen.“

Bei den Volksbeauftragten.

Über die Vorgänge in der Reichskanzlei wird uns im einzelnen berichtet:

Gestern nachmittag um 4½ Uhr erschienen zwei Matrosen von der Wache der Reichskanzlei bei den Volksbeauftragten Ebert und Landsberg in der Reichskanzlei und erklärten, den Befehl zu haben, die Telephonzentrale der Reichskanzlei zu besetzen und das Haus zu sperren. Die Volksbeauftragten erhoben lebhaft Einspruch, ohne jedoch die Matrosen von ihrem Vorhaben abbringen zu können, die sich auf den Befehl ihres Führers Orenbach beriefen. Eine Stunde lang war der Eutritt zur Reichskanzlei gesperrt, so daß auch die Unterstaatssekretäre, die zum Dienst kamen, nicht in das Haus gelangen konnten. Ebenso wurde niemand herein gelassen. Es konnte auch kein Gespräch von und zur Reichskanzlei geführt werden. Um 5½ Uhr war die Sperrung aufgehoben. Der Volksbeauftragte Ebert traf sofort Verkehrungen, um sämtliche Matrosen, die Wachdienst in der Reichskanzlei taten, zu entfernen. Ob das gelungen ist, war nicht festzustellen. Vor der Reichskanzlei wurde während der Sperrzeit verschiedentlich geschossen.

Der Gewaltstreich der Marineleute riss in der Garnison Starke Erregung hervor. Es erschien bei Ebert eine Befehlung, die betonte, daß die Soldatenwehr ebenso der größte Teil der Truppen der Berliner Garnison das Verhalten der Matrosen in der schärfsten Weise missbilligte. Man werde, falls es notwendig sei, den Kommandanten Wels noch im Laufe der Nacht mit Gewalt bestreiten.

„Die weißen Götter.“

Der alte ehrliche Gott Philippsli, den Heines Gedicht unsterblich gemacht hat, und der als Fizebude von Dehmels Gräben vollends ungefährlich in der Kinderstube sein Wesen tröst, erscheint bei Studen wieder als ein megalänisch unaussprechbarer Huichlopochtl in aller seiner Furchtbarkeit*) Sein Opferstein ist die und Schwarz umkrustet von dem Blute der Hunderttausende, Kriegsgefangener, Kinder und sonstiger Geweihten, denen bei lebendigem Beibe das Steinmesser des Priesters die Herzen ausschnitt. Die Stadt aber, die diesem Teufelsgott seine Tempel gebaut hat, liegt wie das Märchen eines Olympiausches mit Wunderwerken prächtig kunstvoll mitten in einem großen See, Mexiko-Tenochtitlan, von einem streng feudal gegliederten Volks summend, von Märkten hallend, in Blumenglanz und -duft. Ein König ist dort, grausam, verrätherisch und haltlos, aber übersehn und irgendwie jenem Amenophis IV. ähnlich, der vor einigen Jahren in Berlin Mode war; er trägt seine Kleider aus Kolibriefedern, seine goldenen Beinkästen, seine Smaragden Fußspangen und seinen Lippenpflock immer nur einen Tag; in seinem unermesslichen Palast hält er viele hundert Frauen, einen botanischen Garten, einen Stellinger Tierpark und Zwergen und Krüppel. Es gibt Dichter in Mexiko, Kunstschriften, Zauberer, weltrechnende Astronomen, Künstler in kostbarem Material; in Gold, in Kollibriefedern und hartem Stein. Und über dieser ganzen üppigen Welt von Lust, Tapferkeit, Saitze und Verfeinerung lagert die Schwermut des gehaften Untergangs. Entzweiung hat die Seele des Landes gespalten. Beim Huichlopochtl weg wartet eine mächtige Sehnsucht auf die Rückkehr des milden Hellsands Quetzalcoatl und seiner Gefährten, der weißen Götter, die das Erdarmen und die Güte bringen sollen.

Und diese Götter sind auf dem March. Es sind keine dreißig Jahre vergangen, seit Kolumbus gelandet ist und die Abenteurer wimbeln am Horizont des neuen Kontinents. Von der geheimnisvollen Stadt im See hinter den hohen Vulkanen ist die Kunde aufregend nach geworden; dort hockt täglich ein königlicher Mann, wird mit Harz beschmiert und danach mit Goldstaub und Goldpulpa intensiviert: el dorado, der goldene Mensch. Nach dem

Die amtliche Darstellung.

Einen Überfall gegen die Reichsregierung unternahm heute nachmittag gegen 4½ Uhr die zum „Schutz des Reichskanzlerhauses“ dort untergebrachte Wache der Volksmarinedivision (Schloß). Vor den Volksbeauftragten Ebert und Landsberg erschienen zwei Matrosen der Wache in voller Ausrüstung und erklärten, daß sie den Befehl von dem Kommandanten Orenbach der Volksmarinedivision erhalten hätten, die Tore des Hauses zu schließen, und denen der Unwesenden heraus- und niemand hineinzulassen. Gleichzeitig hatten sie auf Befehl die Telephonzentrale besetzt und den telephonischen Verkehr von und mit dem Hause unterbunden. Die Sperrre, welche die Abwicklung wichtiger Regierungsgefäße verhinderte, dauerte fast eine Stunde lang. Um 6½ Uhr gaben die Matrosen auf den energischsten Einspruch des Volksbeauftragten Ebert den Zugang zum Hause und den Telephonverkehr wieder frei. Um Abend wiederholte sich die Besetzung des Reichskanzlerhauses.

Berliner Truppenteile, die zum Schutz herbeigeeilt waren, trafen ebenfalls in der Wilhelmstraße ein. Nach längeren Verhandlungen gelang es, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen wäre, die Matrosenwache zum Abzug zu bewegen, während gleichzeitig die Truppen abzogen. Der Volksbeauftragte Ebert richtete an die Truppen folgende Ansprache:

„Ich will im Augenblick auf die Vorgänge nicht eingehen, die sich heute abgespielt haben. Ich will nur die Tatsache feststellen, daß die Regierung eine Zeitlang im Reichskanzlergebäude durch ihre eigene Wache festgehalten wurde und niemand das Haus verlassen durfte. Die Telephonzentrale war besetzt, so daß alle Telephongespräche unmöglich waren. Später ist es mir gelungen, die Matrosen zu bewegen, abzuziehen. Wir haben weiter festgestellt, daß die Matrosen das Haus verließen. Gleichzeitig müssen aber auch die anderen Truppen jetzt fortgehen. Ich bitte Sie, alles zu tun, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Wir haben in diesem Kriege soviel Blut vergossen, daß es einfach Wahrsinn wäre, noch neues Blutvergießen herbeizuführen, wofür niemand die Verantwortung übernehmen könnte. Ziehen Sie also in Ihre Quartiere.“

Der Grund des Vorgehens der Matrosen war folgender: Die Reichsregierung hatte die Zahlung der am 21. Dezember fälligen Löhne der Matrosen davon abhängig gemacht, daß sie das Schloß zu räumen hätten. Überhöre und umfangreiche Diebstähle an Inventarstücke gaben die Veranlassung zur Stellung dieser Bedingung. Die Matrosen, die übrigens schon bei der Zahlung der Löhne am 11. Dezember die Rückumung des Schlosses versprochen hatten, wollten auf die Bedingung nicht eingehen und suchten die Zahlung durch ihr heutiges Vorgehen zu erzwingen.

Matrosen gegen ein Panzer-Auto.

Gegen 5½ Uhr nachmittags war es unter den Linden zu einer Schieferet gekommen, deren Ursache noch unauflösbar ist. Leider ist dabei auch ein Matrose getötet, ein anderer schwer verletzt worden. Unser Mitarbeiter, der Augenzeuge dieses Vorfalls war, gibt darüber folgende Schilderung:

Als ich an dem Niederländischen Palais (dem Palais des alten Kaisers) angelangt war, hörte ich laute Rufe: Halt! Halt! Dann

Golde, das die Megilaner Götterdeck nennen, giert der Sinn europäischer Scharen, nach Ruhm und Macht des Sinn ihrer Führer, und Cortes wagt seine unerhörte Expedition mit einigen hundert Soldaten gegen die übermillionen des unbekannten Landes.

Die beiden Götterwelten prallen aufeinander, zwei Kulturen, zwei Barbareien, zwei Religionen, die sich wechselseitig beleuchten und ins Unrecht sezen. Wie auf einem Allesentepic von brennenden Farben hat Studen diesen Kampf in seinem Roman mit tausend Gestalten gedichtet. Er ist in die Quellen der Historie gegangen, wie Flaubert mit seiner Salammbo, und eine schier unerschöpfliche Phantasie hat die Bilder eines vergnühten, verlohlten Lebens vor unser verärgertes Auge gemalt. Auf einen andern Stern zu dringen, Außermenschliches zu schauen, werden wir verführt, und wir finden durch alle Bekleidung hindurch unsern Stern und das Menschliche in seiner verzweifelten Wut, in seinem Stolz und seiner Armutsligkeit. Vielleicht ist jetzt ein Augenblick der Geschichte, wo die Einsicht uns wohl tut, daß schon viele Welten in unserer Welt zugrunde gegangen sind, und daß zu allen Experimenten der Menschlichkeit Zeit und Dauer genug vorhanden ist.

M. H.

Habdaus Rittner: Das Zimmer des Wartens. Verlag Ulstein und Komp. — Seit langer Zeit habe ich kein feineres und schöneres Buch gelesen als diesen autobiographischen Roman im Märchenstil. Rittner will keine nicht poetisch sein und wunderliche Begebenheiten auf absonderliche Art vortragen. Er erzählt dieß mehr ganz simple Dinge, die einfachsten Kinder-, Junglings- und Mannererlebnisse, aber alle Ereignisse belommen in seiner Welt einen ganz zarten, goldglänzenden Schleier umgeben. Es ist eine ewige, nicht verlierbare Kindhaftigkeit in diesem Dichter, der aber zu viel Ironie gegen sich selbst aufbringt, als daß er je fühllich wirken könnte. Das Zimmer des Wartens, d. i. der Lebensroman eines Dichters, der immer dem noch nicht Wirklichen zugewendet war und grau und schwermütig wird, während er immer wieder erst im Vorpiel seiner Lebensromantik zu verweilen scheint. Ich zweifle nicht, daß dieses zarte, edle Buch allmählich seinen stillen, großen Kreis finden wird.

Vortragsabend. Am 28. Dezember in der Sodessalon. Werke von Heine, Deutchenholz und Wedekind.

fiel ein Schuß, ein wütendes Schreien erhob sich, und eine Salve nach der andern aus Gewehren wurde abgegeben. Etwa nach der zweiten Salve erklang das charakteristische Knacken eines Maschinengewehres, dem bald darauf ein anderes sich beigestellte, bis schließlich einige dumpfere Schüsse vereinzelt erklangen und nach mehreren nur noch von verschiedenen Seiten kommenden Gewehrshüssen trat lautlose Stille ein. Ein Auto raste auf der Nordseite der Linden dem Brandenburger Tor zu. Ich hatte mich in eine Ecke an den Vorweg des Palais gesetzt, hörte die Augen laufen und vernahm auch den Einschlag.

Nachdem die Schieferet beendet war, lief ich die Linden wieder zum Opernhaus. Unterwegs wurde ich von einer Gruppe von Matrosen, die mit gespanntem Revolver eine Kette über die Straße gebildet hatten, angehalten, aber nach Legitimation sofort durchgelassen. Vor dem Opernhaus traf ich mit einem traurigen Zug zusammen. Vier Matrosen trugen auf ihren Armen einen Kameraden, den sie im Bestill des Opernhauses niedergelegt. Blutüberströmt lag der Mann, bei dem der Tod bereits eingetreten war, auf den Steinsteinen, neben ihm lag ein anderer Matrose, um den sich Samariter bemühten. Der Verwundete hatte einen schweren Schuß ins Bein. Er wurde notdürftig verbunden und dann später in einem Auto fortgeschafft. Der Verwundete ist der Matrose Alexander Heinrich von der 7. Gruppe der 1. Kompanie der Matrosen-Division (Volksmarine). Der tote wurde von den Kameraden als der Matrose Zwicker erkannt. Wie die Kameraden der beiden erklärten, hat sich der Vorfall folgendermaßen zugetragen: Die 7. Gruppe hatte den Auftrag, jedes Auto anzuhalten. Als die Gruppe auf ihrem Marsch vom Marstall in der Höhe der Universität an den Linden angelangt war, kam hinter ihnen ein Panzerautomobil. Dieser Wagen wurde von anderen Matrosen, die auf der Nordseite der Linden ungeschrägt bei der Bibliothek postiert waren, zum Halten aufgefordert. Nach den Angaben der Matrosen hielt das Auto aber nicht, sondern fuhr weiter. Daraufhin feuerten die Matrosen nach dem Wagen, der wieder mit seinen Maschinengewehren antwortete. Durch das Maschinengewehrfeuer wurden zwei Matrosen getroffen. Die übrigen wichen zurück und suchten im Bestill des Opernhauses Schutz. Nachdem das Auto mehrere Garden verstreut hatte, fuhr es weiter, die darauf abgegebenen Schüsse schienen ihm keinen Schaden getan zu haben. Im Opernhaus rief der Vorfall begeisterte Erregung hervor. Ein Teil des Publikums verließ die Vorstellung, die vor halbleerem Haus zu Ende geführt wurde.

Wels in Freiheit.

Wie uns Polizeipräsident Eichhorn bei Schluß der Redaktion mitteilt, ist der gefangengenommene Stadtkommandant Wels gegen Mitternacht in Freiheit gesetzt worden.

W. H. Page +

E Drachmelbung

New York, 28. Dezember.

Der frühere amerikanische Volksdichter in London Page ist gestorben. Walter Hines Page gehörte zu den engsten Freunden Wilsons. Er war Journalist von Beruf. Während seiner Amtsleitung in London, die von 1918 bis zum August 1918 währt, hat er stets im Sinne einer stärkeren Annäherung der Vereinigten Staaten an England und gegen die neutralistische Neutralität gewirkt.

Besprechungen zwischen Sachsen und den Tschechen.

Eine Sondergesandtschaft nach Wien und Prag.

Dresden, 28. Dezember.

Sie Besprechung einzelner Fragen zwischen der Regierung der Republik Sachsen und der tschechoslowakischen Republik wird sich um Neujahr des ehemalige Minister des Innern Dr. Rohr als Gesandter nach Wien und Prag begeben.

Der Untertan.

von

Kurt Vitzhus.

Als Heinrich Mann im Juli 1914 seinen Roman „Der Untertan“*) abschluß, ahnte er nicht, daß dies Buch bei seinem Erscheinen, nachdem es vier Jahre durch die gepanzerte Faust gedrosselt war, bereits ein historischer Roman sein würde. Denn der Typ, den er darstellt, ist — so hoffen wir inbrünstig — mit dem Jahr 1918 für alle Zeit ausgestorben. Er gehört ins Konversationslexikon. Dort wird man etwa im Jahre 2000 in den Literaturangaben über das Wort „Untertan“ auf das Buch Heinrich Manns verwiesen werden und lesen, daß dieser Roman nicht nur eine vorzügliche Studie über den Typ „Untertan“ darstellt, sondern auch über die Zeitskrankheit, welche die Gegner Deutschlands im Weltkrieg als „Kaisertum“ bezeichneten.

Denn dies ist das Hauptproblem des dicken Romans: ein Kleinstädtischer Mensch von schwächlichem Körper, geringem Geist und nicht vorhandenem Charakter wächst durch Nachahmung seines jugendlich-impulsiven Herrschers zum reinsten Typ der Untertanen auf. Wächst auf, — denn während er durch Haltung und Barttracht, durch Reden und Drohungen sich dem Kaiser bis zu fast mystischer Verwandtschaft anähnelt und den aufgedonnerten Machtbegriff, der immerm Ohnmacht entspringt, für den täglichen Gebrauch des Bürgers praktisch zurücksucht, triumphiert er über Frauen und Kleinbürger, über Behörden und Parteien und zeigt seiner Kleinstadt als Großkapitalist und Mächtiger empor.

Hier ist das Deutschland Wilhelms II. vermittels schärfer Linsen und kleinsten Raum projiziert. Das Buch ist ein Gegenstück zu Heinrich Manns reisstem, rundstem Roman „Die kleine Stadt“. In dem italienischen wie in dem deutschen Kleinstadtroman sind viele Geschichten auf ein winziges, häuserbebantes Stück Erde zusammengebracht, das belebt ist von unzähligen Gestalten erregten Menschensturm, und das erlebt von den Intrigen und Aktionen menschlicher Leidenschaften und Parteilungen. Aber

*) Heinrich Mann: „Der Untertan“ Roman. Kurt-Wolff-Verlag, Leipzig.

Die Reform des Beamtenrechts.

Keine neuen Titel und Orden mehr.

Die preußische Regierung erlässt folgende Bekanntmachung: Die Verleihung von Orden findet hinsichtlich nicht mehr statt, doch ist es jedem gestattet, ihm früher verliehene Orden, insbesondere auch Kriegserinnerungszeichen, weiter zu tragen. — Die Verleihung von Titeln findet ebenfalls nicht mehr statt. Verliehene Titel können weiter geführt werden. — Für die Beamten wird eine Neuregelung der Amtsbezeichnungen im Anschluß an die in Aussicht stehende Reform des Beamtenrechts und der Besoldungsverhältnisse vorgenommen werden. Bis dahin bleiben für sie die bisherigen Bestimmungen über Amtsbezeichnungen bestehen.

Politisierung der Beamenschaft. Eine Versammlung der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten Groß-Berlins tagte gestern im Kaisersaal des Rheingolds. Wiederum sich verschiedene Redner bitter beklagten, daß nämlich die Beamten unter dem alten Regime sich von jeder politischen Befähigung fernhielten, das mache sich im Laufe der Versammlung geltend. Eine gewisse Unsicherheit in der Handhabung der parlamentarischen Geschäftsführung wurde fühlbar, so daß zum Beispiel die Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution, die das Einverständnis der Beamten mit den demokratischen Zielen ausprach, im allgemeinen tumult unterging. Als erster Referent betonte Professor Gerlach die Wahlpflicht und Organisationspflicht der Beamten und empfahl den Eintritt in die deutsche demokratische Partei. Er gab zu, daß sich das Programm der deutschen demokratischen Partei und der Sozialdemokratie in manchen Punkten deckt und daß man ein Stück Weges zusammen gehen könne. Was aber die Beamten brauchen, um arbeiten zu können, und was die Sozialdemokratie nicht garantiert, ist die feste Staatsautorität. Die Sozialdemokratie hat sich in der Praxis, seitdem sie die Macht besitzt, entgegen ihrer Theorie als undemokratisch erwiesen. Der zweite Redner Amtsgerichtsrat Maier formulierte die positive Forderung der Beamtenchaft: Abschaffung des Klassengeistes unter den Beamten, Garantie der Pensionsrechte, Aufstellung der Witwen- und Waisenbezüge, Aufhebung des preußischen Disziplinarrechtes von 1852, sofortige Abschaffung jeder Ausnahmegesetzgebung gegen die Beamten, Amnestie für Strafen auf Grund des Disziplinar Gesetzes, Daseinlichkeit der Personalakten, Beurteilung der vor dem 9. November angelegten Personalien, Schaffung von Beamtauschlüssen und Beamtenkammern, Beseitigung der Residenzpflicht, Gründung eines Reichsamtes für alle Beamtenfragen, ferner forderte er Beamte als Kandidaten für die Wahlämter und in die Parteileitungen. In der Diskussion legte unter anderem Oberbürgermeister Dominicus die prinzipiellen Unterschiede der beiden Parteiprogramme in Bezug auf Sozialisierung und Erhaltung der freien Privatwirtschaft dar. Im übrigen kamen verschiedene Redner zu Worte, die zugunsten des Anschlusses an die Sozialdemokratie sprachen. Trotzdem nicht abgestimmt werden konnte, bestand kein Zweifel, daß die Anhänger der demokratischen Partei bei weitem in der Mehrzahl waren.

Kautsky über die Schuld am Krieg.

Drahtmeldung.

Rotterdam, 23. Dezember.

Der Berliner Korrespondent der "Daily News" meldet, er habe eine Unterredung mit Kautsky gehabt, der in den Archiven des Auswärtigen Amtes Nachforschungen über die Schuldfrage anstelle. Nach Kautsky verteile sich die Schuld am Kriege stufenweise folgendermaßen: 1. auf den Kaiser und den Kronprinzen, 2. auf Ludendorff und Tippits, 3. auf die kaukasianischen Magnaten und 4. auf die Aldeutschen. Was England betrifft, sagt Kautsky, so würden die dortigen Archive wahrscheinlich ergeben, daß sich sowohl richtig vorgegangen ist.

Die politische Neutralität der Beamten-Gewerkschaften. Eine Reihe von Beamtenverbänden haben sich auf gewerkschaftlicher Grundlage zusammengeschlossen. Das hat in den Reihen der Sozialdemokratie einiges Missfallen erzeugt, das sich in verschiedenen Neuerungen des "Vorwärts" befundet.

nicht erlönt wie in jenem italienischen Arioso großen Stems und großer Geste süß-saute Melodie, nicht wird die milde Ironicie von der gewaltigen musikalischen Woge überströmt, sondern mit ergötzlichen Einzelmotiven und wüstbewegten Szenen poltert ein riesiges Scherzo daher, in dessen lachende und höhnende Capriccios sich schon die dumpfen Motive des mariale funebres mischen.

Die Klippe des Kaiserismus spielt in einem Lachabinett sich ab, aus dessen Spiegeln den belustigten und erschreckten Beschauer die Gestalten des bürgerlichen Heldenlebens in der Epoche Wilhelms II. vorwurfsvoll angrinsen; diese entarteten Kleinbürger, deren Gefühle verfälscht sind wie die Kunst, die sie lieben; deren Denken durch Klatschsucht, Niedertracht und kleinliche Eitelkeit verdorben wurde; die in ihren Gründungen, Schiebungen, Festen, Wahlen, erotischen Angelegenheiten, politischen Händeln und Komplizenissen sich und andere verraten.

Niemands wird glauben, daß Heinrich Mann hier realistische Abbildung des Menschenlebens anstrebe. Sondern mit allen Mitteln des Hohns und des Hasses, die dennoch der Liebe zum Menschen und zur Freiheit entstammen, werden Wirkung und Erweckung angestrebt. Wesen und Folgen der drohenden Macht, die sich dauernd im Fortissimo selbst belangt und zur Schau stellt, werden hier nicht nur analysiert, sondern wissenschaftlich (als das noch verboten war) verspottet; nicht nur verspottet, sondern durch die Intensität des Hohns vernichtet. Ein Untertan, sich selbst beugend der Macht, ahnt das Gebaren des theatralischen Mannes nach, der glaubte, die Macht von Gottes Gnaden zu verwalteten, — und schon fühlt er den schimmernden Flügelhelm über sich schweben, sieht über den edleren Geist der Menschheit und herrscht in der Wüste, die durch ein schlechtes System geschaffen wird. Alles Leben wird zu schmähseligem Komödienspiel, und die komischen Spieler wirken beinahe tragisch, weil sie nicht Helden, sondern Opfer sind.

Die Sünden einer Epoche, die sich selbst vernichtete, schreien aus diesem nun befreiten Buch zum Himmel auf. Wäre der Roman vor zehn Jahren erschienen, so hätte vielleicht mancher, noch diesem Blick in die machtvorwürfe Kleinstadt, mit schärferem Auge den Zustand Deutschlands erkannt und zu verhindern gesucht, daß ein Volk wie ein automatischer Mechanismus mit militärischer Musik in den Meelstrom des Bluts geführt wurde.

Das Buch erscheint zu spät. Wir treiben im Meelstrom. "Der Untertan" wirkt, nachdem die verbündeten Augen jetzt nur

Neuerdings ist nun in einer Aussprache der Vorstände der Beamtenvereinigungen mit der Sozialdemokratie festgestellt worden, daß die Verbände als solche parteipolitische Neutralität bewahren. Diese Neutralität kann natürlich nicht hindern, daß die große Mehrheit der Beamten in Staat, Reich und Gemeinde sich der Deutschen Demokratischen Partei anschließt, ähnlich wie die Neutralität der Freien Gewerkschaften in der Praxis kein Hindernis bildet für die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder und Führer zur Sozialdemokratischen Partei.

Bayerns neuer Gesandter in Berlin.

Drahtmeldung der "Böllischen Zeitung".

* München, 23. Dezember.

Zum bayrischen Gesandten in Berlin wurde der Generalstaatsanwalt am Verwaltungsgerichtshof Dr. Konrad Ritter von Preger ernannt. Er wird am 1. Januar den Gesandtenposten an Stelle des Grafen Lerchenfeld antreten.

Der neue bayrische Gesandte wurde in Berlin als Sohn des Münchener Oberfinanzialrates Dr. Preger geboren. Er begann seine Laufbahn als Bezirksamtmann in Augsburg, trat dann in das Kultusministerium ein, wo er von 1903 bis 1914 als Regierungsrat, Oberregierungsrat und Ministerialrat tätig war. Ihm unterstanden die Abteilungen für Angelegenheiten der Hochschulen, des Kultus und des protestantischen Kultus. Während der Kriegszeit trat er vorübergehend in den Reichsdienst und arbeitete längere Zeit als Kreisdirektor im Verwaltungsdienst des besetzten polnischen Gebietes.

Demobilisierungstermine.

Beendigung voraussichtlich im Februar.

Die Entlassung des Jahrgangs 1895 erfolgt im Zeitraum vom 22. bis zum 31. d. M. beim Feldheer nach Eintreffen des Truppen-teils im Demobilisierungsort. Die Jahrgänge 1896 und 1897 gelangen voraussichtlich Mitte Januar zur Entlassung. — Ein bestimmter Zeitpunkt für die Beendigung der ganzen Demobilisierung läßt sich nicht feststellen. Voraussichtlich wird sie für das Wehrheer im Januar, für das Ostheer im Februar zu Ende sein. Letzteres ist aber ganz von den Transportverhältnissen abhängig, und ein späterer Termin ist daher sehr wohl möglich.

Landtagspräsident Peus. Der sozialdemokratische Reichstagabgeordnete Peus ist zum Präsidenten des anhaltischen Landtags gewählt worden. Peus ist einer der ersten praktischen Organisatoren der deutschen Genossenschaftsbewegung.

Wieber eine Enthaftung. Wie das Leipziger sozialdemokratische Blatt meldet, ist der wegen gegenrevolutionärer Umtriebe verhaftete Kommandeur des Chemnitzer Ulanenregiments Major Genthe aus der Haft entlassen und das Verfahren eingestellt worden.

Ergberger über den Böllerbund. Staatssekretär Ergberger spricht auf Einladung der Altesten der Kaufmannschaft von Berlin am 27. Dezember, 8 Uhr abends, in der Aula der Handels-Hochschule (Spandauer Str. 1) über den Gedanken des Böllerbundes. Einlaßkarten im Centralbüro der Körperschaft der Kaufmannschaft, Neue Friedrichstr. 51.

Militärpersonalien. Zum Kommandierenden General des zweiten bayerischen Armeekorps in Würzburg wurde Generalleutnant a. D. v. Rauchensegger, der die bayerischen Truppen bei Riga geführt hatte, ernannt.

Neue Forderungen der sächsischen Wenden. Die Sonderbestrebungen der Wenden der ländlichen Bourg gaben immer weiter. Der Landtagsabgeordnete Barth fordert auf Versammlungen unter den Wenden die Entsendung eines eigenen Vertreters zu den Friedensverhandlungen.

Zusammenschluß Heimgelehrter Internierter. In Frankfurt a. M. haben sich die zurückgelassenen Civilinternierten zu einem Verein ausländischer aus Westeuropa und den Kolonien zusammengeschlossen.

sehen, nicht mehr aufschreckend, sondern belustigend. Aber diese Lustigkeit ist mit Bitternis vermischt und mit Bewunderung für die Erkenntnistatkraft und Prophezeiung des Dichters.

Und es bleibt, zu sagen, daß Heinrich Manns Stil einfacher und derber geworden ist und nicht mehr so sehr wie in früheren Werken an französischer Diktation geschult. Nicht wie in seinem vorletzten, später entstandenen Roman "Die Armen" (der bereits eine Fortsetzung des "Untertan" ist) wird durch unverarbeitete Tendenz und Verfälschung der Geschehnisse das Kunstwerk erdrückt, sondern alle Analyse und Tendenz sind in rasch rollende Handlung ausgelöst. Mit einer sehr geschickten Technik aber gelingt es, immer die Gestalt und die Taten des Helden in Verbindung zu halten mit dem fernen Vorbild, das nur zweimal selbst am Untertan vorübertrifft, ihn jedesmal tief erniedrigend, während die arme Kreatur sich unendlich erhöht glaubt.

Wesen und Wirkung des Mannes, der abgedankt wurde, jetzt kritisch festzulegen und zu verspotten, ist, wie man sagt, keine Kunst. Daß Heinrich Mann es bereits vor einem Jahrhundert tat, wäre zwar auch noch keine Kunst; aber wie er es tat, ist zu mindest Kunst großartiger Satire, die — wahrhaftig — keine kleine Kunst ist.

Audienz Theater. Die Ausgabe der Abonnementkarten für den Monat Januar 1919 zu 31 Vorstellungen im Opernhaus und Schauspielhaus findet am 27. und 28. d. M. von 94 bis 1 Uhr vormittags in der Theater-Hauptkasse gegen Bezahlung des Abonnementes statt, am 27. d. M. für den I. Rang, das Parkett, den II. Rang des Opernhauses, am 28. d. M. für den III. Rang des Opernhauses und alle Plaztagungen des Schauspielhauses. Die am 21. d. M. im Opernhaus ausgesetzte 279. Abonnementvorstellung gelangt dabei zur Anrechnung.

In der "Bühne der Pandora" (kleines Schauspielhaus) spielt die Rolle des Kungen Potti Herr Meinhardt Maier nicht, wie auf dem Programm der Erstaufführung infolge eines Druckschreibens stand, Herr Arthur Bergen. In den zwei Aufführungen von Bildendrucks "Schauspielkunst", die die Bühnenengenossenschaft mit von der Front heimgekehrten Darstellern an den beiden Weihnachtsfeiertagen, nachmittags 2½ Uhr, im kleinen Schauspielhaus unter der Regie von Oskar Wagner veranstaltet, sind die Hauptrollen mit den Damen Clavée, Gattig, Wagner und den Herren Böwer, Eivenac, Hegewahl, Schiefer besetzt. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß für diese Vorstellungen halbe Preise gelten.

Die kommenden beiden Konzerte der "Volksschule" werden anstatt von Oskar Fried von Dr. Fried Stedry dirigiert werden.

Friedrich Lindner vom Dresdner Schauspielhaus verläßt dieses Theater zu Beginn des neuen Jahres und hat einen neuen Vertrag mit zwei großen südeuropäischen Bühnen abgeschlossen.

Vorarbeit für die Wahlen.

Das Wahlrecht der kleinen Orte.

Wir haben im Abendblatt eine Zuschrift vom Lande wiedergegeben, die verlangt, daß auch kleinere Gemeinden einen eigenen Stimmbezirk bilden. Aus Regierungskreisen wird erklärt, daß selbstverständlich für ländliche Gegenden mit sehr kleinen oder sehr weit entlegenen Gemeinden auch kleinere Stimmbezirke eingerichtet werden können. Man werde im gegebenen Falle weit unter die Zahl 2500 herabgehen können, und es sei zu bedenken, daß die zuständigen Behörden noch § 3 Abs. 2 der Wahlordnung dem Wahlkommissar über die Abgrenzung der Stimmbezirke unverzüglich Anzeige zu erstatten haben, so daß gegebenenfalls noch Remedy erfolgen könnte. Wir sind der Meinung, daß diese Zuschrift nicht genügt. In der Regel sollte jede Gemeinde einen eigenen Stimmbezirk bilden, weil man bei den heutigen Verkehrsverhältnissen im Winter der Wählerschaft nicht zumutbar ist, stundenweise Wege über Land zu machen, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können.

Die Deutsche Demokratische Partei in Frankfurt a. M. stellte den Bodenreformer Damaschke und den Reichstagsabgeordneten Lehrer Bruckhoff-Gubin als Kandidaten für die Nationalversammlung auf.

Die unabhängige-Sozialdemokratischen Organisationen der Provinz Brandenburg hielten, wie die "Freiheit" meldet, eine Konferenz ab, um zum Wahlkampf Stellung zu nehmen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, mit Selbstständigkeit Listen in den Wahlkämpfen zu gehen und eine Verbindung der Listen der sozialdemokratischen Parteien zu empfehlen. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Bühl-Riederbarnim, Stab-Potsdam, Breitscheid-Berlin, Witten-Uchtenberg, Erl-Schüler-Freienwalde, Oh-Delten, Küter-Karlshorst, Behnke-Reinickendorf, Buhl-Staaken und Weinberg-Berlin.

Eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Parteiorganisation des 18. Reichstagwahlkreises (Chemnitz) stellte einstimmig als Kandidaten zur Nationalversammlung den bisherigen Chemnitzer Reichstagsabgeordneten Rosse und die bisherigen Landtagsabgeordneten Caspar und Held auf.

Der nationalliberale Landesverein Sachsen hat auf seinem gestrigen Vertretertag in Chemnitz einstimmig die Verschmelzung der nationalliberalen und fortschrittlichen Landesorganisation im Rahmen der deutschen Demokratischen Partei gefordert.

Um die Wahlfreiheit für die Nationalversammlung in den besetzten Gebieten zu sichern, sind von Seiten der Deutschen Waffenstillstandscommission am 23. nachmittags in Spaß folgende dringende Forderungen überreicht worden:

1. Freiheit für alle amtlichen Bekanntmachungen über die Nationalversammlung.

2. Freiheit für alle staatlichen Organe, welche mit der Aufstellung der Wählerlisten, Leitung der Wahlhandlung, Entscheidungen über Beschwerden über die Aufstellung der Wählerlisten, Feststellung des Wahlergebnisses usw. beauftragt sind.

3. Baldige Regelung des gesamten Personenverkehrs zwischen den besetzten Gebieten und nicht besetzten Gebieten im Sinne weithinigen Entgegenkommens, wie es Marschall Foch in Trier zusagte. Insbesondere müssen die Vorbereitungen für die Aufstellung der Wahlvorschläge unbehindert als bald getroffen werden können. Die Wahlvorschläge sind bis zum 4. Januar bindend festzustellen. Die Verteilungsführer müssen also die Möglichkeit haben, ungehindert sich im rechts- und linksrheinischen Gebiet zu treffen, da die Wahlkreise besetztes und nicht besetztes Gebiet umfassen. (Die Erfüllung dieser Forderung ist besonders wichtig, da sonst die ganze Wahlhandlung ungültig sein könnte.)

4. Freiheit des Personenverkehrs innerhalb der gesamten besetzten Gebiete, so daß Redner und Agitatoren, welche in dem besetzten Gebiet wohnen, sich dort frei bewegen können.

5. Versammlungsfreiheit für alle Wahlversammlungen zur Nationalversammlung. Freiheit in der Verteilung der Flügläuter, Stimmzettel, usw. unter Aufsicht der Besatzungsbehörden.

6. Freie Zulassung der rheinischen Zeitungen mindestens von jetzt bis zum Tage der Nationalversammlung (19. Januar).

Die Wahlkommissare für die Nationalwahlen werden jetzt bekanntgegeben. Zum Wahlkommissar für Westpreußen (2. Wahlkreis) ist ernannt: Oberpräsidialrat Geh. Ober-Regierungsrat Viebermann (Stellv. Regierungsrat Dr. Voos), Danzig; für Berlin, 8. Wahlkreis, (wie schon bekanntgegeben) Stadtrat Löhring (Stellv. Stadtrat Mielitz), Berlin; für Potsdam 1—9 (4. Wahlkr.) Ober-Regierungsrat Dr. Erdmann (Stellv. Regierungsrat Karbe), Potsdam; für Potsdam 10 (5. Wahlkr.) Ober-Regierungsrat Dr. Bergenthal (Stellv. Regierungsrat Steinbeck), Potsdam; für Frankfurt a. O. (6. Wahlkreis) Stadtrat Küller (Stellv. Bürgermeister Bohnke), Frankfurt a. O.; für Pommern (7. Wahlkr.) Präsident der Ober-Zolddirektion Mueller (Stellv. Landesrat Müller), Stettin; für Posen (8. Wahlkr.) Landeshauptmann v. Henning (Provinzial-Ständehaus); für Magdeburg und Anhalt (2. Wahlkr.) Ober-Regierungsrat Kleefeld (Stellv. Regierungsrat Dr. Kretschmar), Magdeburg; für Mecklenburg und Vorpommern (3. Wahlkr.) Geh. Kammerrat Kießel, Schwerin; für Thüringen, Erfurt und Schmalkalden (36. Wahlkr.) Landgerichtspräsident Richard Blücher, Weimar.

Gesetzliche Regelung von Teuerungszulagen im Buchdruckergewerbe. Vereinbarungen, die kürzlich zwischen Prinzipalvertretern und Gehilfenvertretern des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker über Teuerungszulagen geschlossen worden sind, erhalten durch eine im "Reichsanzeiger" veröffentlichte Anordnung des Reichsministers für die wirtschaftliche Demobilisierung geltende Kraft für das ganze Reich. Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker kann auf Grund dieser Anordnung mit Geltung vom 1. Januar 1919 an eine Erhöhung der Friedenspreise des Deutschen Buchdrucker-Preistariffs, und zwar für Berlin um weitere 60 vom Hundert, für alle anderen Orte um weitere 40 vom Hundert festsetzen. Die Anordnung tritt mit dem 1. Januar 1919 in Kraft und gilt mit der Kraft eines Gesetzes solange, bis ein Beschuß des Buchdruckerrates über die Teuerungszulagen für die Gehilfen und Hilfsarbeiter des Buchdruckergewerbes Geltung erlangt. Spätestens mit Ablauf des 31. März 1919 tritt die Anordnung außer Kraft.

Keine Besetzung der neutralen Zone? Die Waffenstillstandsmission teilt auf die Anfrage, ob die Besetzung der neutralen Zone zu erwarten sei, mit, die Wolschke-Melburg betreffend Einteilung der Zone bedeute keine Besetzungsanleihe.

Die Zahl der Toten der bayerischen Armee. Nach der "Münchner Augsburger Abendzeitung" beträgt die Gesamtzahl der Toten der bayerischen Armee 155 590. Davon befinden sich 475 Offiziere.

Prügellizenen im Arbeiterrat.

Ein Zwischenruf verlegt und hinausgeworfen.

Der weitere Verlauf der gestrigen Vollstzung der Groß-Berliner Arbeiterräte gestaltete sich im höchsten Grade unerfreulich. Herr Richard Müller sprach über die „Reichstagung der Arbeiter- und Soldatenräte ganz im Sinne der „Roten Fahne“. Als er sagte, es habe auf dem Kongress nicht die geringste revolutionäre Luft geherrscht, erfolgte der Zwischenruf: „Gott sei Dank!“ Wenn man sich an die Zwischenrufe erinnert, die von den Anhängern Müllers gegen die Wehrheit des Reichskongresses gerichtet wurden, so hätte man erwarten können, daß ein solcher Ausruf, der offenbar nur besagen sollte, daß eine „revolutionäre Luft“ im Sinne eines Richard Müller alles andere als ein Glück wäre, auch von Anhängern Müllers, zum mindesten ruhig hingenommen werde. Statt dessen entstand eine geradezu beschämende Szene. Zehn Minuten lang herrschte tobender Lärm, und schließlich wurde der Zwischenruf, der Oberpostsekretär Höhne aus Friedenau tatsächlich angegriffen, Körperlich verlegt und aus dem Saal hinausgeworfen, wobei ihm seine Legitimationsscheine als Arbeiterrat entwiesen wurde.

Nach dieser Szene, gegen die von einem Teile der Versammlung sofort protestiert wurde, fuhr Richard Müller fort, von den Errungenheiten der Revolution zu sprechen, wie er sie auffaßt. Er bezichtigte die Streiks als die ersten Wellen der „kommenden zweiten Revolution“, und er deutete an, daß gegen die Nationalversammlung, wenn sie die Räte zu einer bloßen Dekoration herabwürdigen sollte, die „gegenrechten Mittel“ ergriffen würden. Davon, daß der Weg zur Nationalversammlung „nur über seine Leiche gehe“, sprach Herr Müller diesmal nicht.

Nach dem Schluß des Referats erhob Lehrer Flügel (Demokrat) Protest gegen die Behandlung Höhnens. Auf die Anfrage Müllers, ob Höhne noch im Saale sei, wurde ihm mitgeteilt, dieser habe infolge der erhaltenen Verlebungen sich zur Unfallstation begeben müssen. Dr. Thiele (Demokrat) stellte fest, daß ein Rechtsbruch erfolgt sei. Lüdemann (Soz.) erklärte, der Vorstand habe die Verpflichtung, dem zu Unrecht gewaltsam entfernten Mitglied sein Bedauern auszusprechen. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung gab es neue Gewalttätigkeiten. Bildmann eilte auf die Bühne, um ein Wiederstehen anzufordern. Das veranlaßte den am Vorstandstische sitzenden Vollzugsratsmitglied Wegmann (U. Soz.), nun in die Handlung einzutreten. Er sprang auf, packt Bildmann an der Brust, stößt ihn über die Bühne und die ersten Stufen der Treppe hinunter. Unten wird Lüdemann von einigen Unabhängigen in Empfang genommen, die sich zu Tätlichkeit hinreißen lassen. Das war das Signal zu einem neuen geradezu ungeheuerlichen Lärm. Unter Rufen: Vergewaltigung! Nieder mit den Unabhängigen! Runter mit Wegmann! Paßt den Lümmel versuchten die Mehrheitssozialisten die Bühne zu stürmen und nun ihrerseits Wegmann hinauszuwerfen. Unabhängige und Mehrheitssozialisten drangen erregt aufeinander ein, wobei es Tischen und Stühlen zum Teil recht schlecht ging. Über eine Viertelstunde tobten die beiden Parteien gegen einander. Schließlich verhielten gleichzeitig sich Gehör zu verschaffen, verzögerten jedoch den tumult immer mehr. Schließlich beruhigten sich die Gem' und Wegmann mußte, dem allgemeinen Verlangen gehorchend, schriftlich entschuldigen. Es wurde dann von der Versammlung der Beschluß gefaßt, daß Mitglieder nur auf Versammlung beschluß aus dem Saale entfernt werden können.

Nach einem Referat von Gierth schlug Müller vor, die Neuwahl zum Groß-Berliner Vollzugsrat zu — vertagen, da der vierte Teil der Mandate beansprucht worden sei. Das Vollzugsratsmitglied Rusch erklärte seinen Austritt aus der Mehrheitspartei. Da außerdem zwei Mitglieder des Vollzugsrates in den neuen Centralrat gewählt worden sind, wurde der Votrag gestellt, den Vollzugsrat, so lange er noch zu tagen habe, paritätisch zusammenzusetzen.

Englands Vorherrschaft zur See.

Meldung des Reuterschen Büros.

London, 28. Dezember.

Der englische Schiffahrtskontrolleur Sir Joseph Malaya sprach sich einem Vertreter der „Daily Mail“ gegenüber sehr hoffnungsvoll über die Zukunft der britischen Schiffahrt aus. Er sagte: „Wir werden zweifellos unsere Vorherrschaft aufrecht erhalten. Es ist sogar möglich, daß manche von unsrer gegenwärtigen Wettbewerbern in einigen Jahren froh sein werden, die Schiffe an uns zu verkaufen, die sie jetzt bauen, um uns zu verdrängen. Augenblicklich werden in drei Monaten je 500 000 Tonnen Schiffraum fertig gestellt, aber diese Belastung muß noch verteilt werden. 147 EinheitsSchiffe sind in Fahrt, 188 weitere sind vom Stapel gelassen. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes wurde eine große Anzahl von Handelschiffen durch die Kriegsmarine freigegeben, und die in der Ostsee abgeschnitten liegenden 250 000 Tonnen wurden verfügbar. Eine große Flotte ist nach Australien gefahren, um Belegen und andere Lebensmittel zu holen, mit denen die dortigen Dampfschiffe überfüllt sind. In kurzer Zeit werden wir die neutralen Handelschiffe, die in unserem Interesse fahren, von ihren gegenwärtigen Verpflichtungen entbinden.“

Englischer Uerzicht auf Gibraltar?

Drahmeldeung der „Böllischen Zeitung“.

zu Kopenhagen, 28. Dezember.

„Politiken“ berichtet aus Paris: Aus Anlaß des Besuches des spanischen Ministerpräsidenten Romanones in Paris schreibt „Echo de Paris“: Mitteilungen aus besonderer englischer Quelle wollen wissen, daß England bereit ist, Gibraltar abzutreten, weil dessen strategische Bedeutung durch die moderne weitreichende Artillerie erheblich vermindert worden sei. Als Entschädigung soll England außer einem entsprechenden wirtschaftlichen Schadensersatz entweder Ceuta oder einen anderen Rand des marokkanischen Küste im Mittelmeer erhalten.

Ein deutsches Schiff von den Engländern gekapert.

v. Bremen, 28. Dezember.

Der deutsche Dampfer „Anneliese“ c. Lübeck ist in der Ostsee gelapert worden und mit englischer Besatzung in Kopenhagen eingelaufen. Das ist der erste Fall der Kapierung eines deutschen Schiffes in der Ostsee seit Eintritt der Waffenstillstandsverhandlungen.

* Hamburg, 28. Dezember.

Unter den Hamburger Seefahrern hat eine Bewegung eingesetzt, die eine Erhöhung der Entlohnung für die Überführung der im Hamburger Hafen interniert gewesenen englischen Schiffe durch-

zulassen verucht. Eine kleinere Gruppe Hamburger Seefahrer fordert eine Heuer von 850 Mark. Durch diese neue Forderung ist die Abfahrt der zweiten Staffel der Schiffe, von denen bereits mehrere sich in Cuxhaven befinden, verhindert worden. In Hamburg hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Sache in die Hand genommen, doch schweben auch Verhandlungen mit der Reichsschiffahrtsstelle in Berlin.

Der Ausbau der Erbschaftssteuer.

Steuerliche Bevorzugung der Kriegsanleihe.

In den Finanzplänen des Reichskanzlers geht es auch der Ausbau der Erbschaftssteuer. Bei der Bezeichnung der Steuersätze soll nicht nur das Vermögen des Erben, sondern auch der Besitz des Erblassers an Kriegsanleihe berücksichtigt werden. Erbschaften, die bis zu einem bestimmten Teil aus Kriegsanleihe bestehen, sollen steuerlich bevorzugt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die in Frage kommenden Kriegsanleihen von dem Erblasser auf dem Zeitungswege oder während des Krieges erworben worden sind.

Masaryks Weltpolitische Ansichten.

Drahmeldeung der „Böllischen Zeitung“.

Prag, 22. Dezember.

Im weiteren Verlaufe seiner Ansprache beim Empfang der Nationalversammlung (Vorbericht Teil 1), seine Ausführungen über Deutsch-Böhmen, die „Böllische Zeitung“ gestern abend veröffentlicht hat, sagte Masaryk, der Präsident der tschecho-slowakischen Republik, weiter:

„Unser Verhältnis zu Deutschland werden wir nach jener Politik regeln, die Deutschland uns gegenüber anbahnen wird. Wir werden uns korrekt verhalten. Wir wünschen, daß die Niederlage des preußischen Militarismus ein Sieg des deutschen Volkes werde. Wir wünschen, daß das deutsche Volk sich angewöhnt, sich auf die eigene nationale Kraft zu beschränken, daß es der Eroberungssucht entfliege und seine großen Kräfte um Fähigkeiten der internationalen Organisation des Volkes und der Menschheit widme. Es gibt viel höhere Ziele als das Allgemeinheit.“

„Unser Verhältnis zu den Verbündeten wird nicht nur ein politisches sein. Ich habe schon wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen mit einflussreichen Faktoren in Amerika, England und Frankreich angeknüpft. Wir bekommen eine finanzielle Hilfe in den Vereinigten Staaten ausgeschaut.“

Masaryk bezeichnete als den eigentlichen Zweck des Krieges und des Friedens die Reorganisation Europas und überhaupt die Lösung des östlichen Problems. Er betonte: „Nun beginnt die positive Aufgabe der Reorganisation Europas und der Menschheit überhaupt. Bismarcks Wort, wer Herr von Böhmen sei, der sei auch Herr von Europa, bezeichnete die besondere Stellung des tschechischen Volkes, dessen Sieg zugleich der Sieg aller kleinen Völker, die von Deutschland und Österreich-Ungarn bedroht wurden, ist.“ Masaryk schloß dann den Versuch, in Amerika eine Union der mittel-europäischen Völker zu bilden, wofür er viele Völker gewonnen wurden, und wies darauf hin, daß diese Vereinigung für die Unterstützung der mittel-europäischen Völker zum großen Werke viel beitragen wird.

Weiter sagte Masaryk: Die Tschechoslowaken, Rumänen und Südmährer haben keine territorialen Streitigkeiten. Wenn die Unabhängigkeiten zwischen den Südmährern und den Italienern geschlichtet würden — und es besteht Hoffnung hierfür —, dann würde der Panzermanismus Mitteleuropas durch eine gegenseitige Annäherung der Staaten von der Ostsee bis zur Adria und weiter über die Schweiz bis Frankreich erlegt werden. Das wäre ein starker Wall gegen die Deutschen, solange diese ihrem Eroberungstrange nach Osten nicht entgehen, und zugleich ein Schutz für Russland, das auf diese Weise von Deutschland getrennt würde. Und ein starkes föderatives Russland brengt ganz Europa. Russland durchlebt jetzt schwere Zeiten, und ich zweifele daran, daß die Russen sich ohne Hilfe der Verbündeten werden helfen können.“

Die neue ukrainische Regierung.

Kiew, 28. Dezember.

Den Blättern zufolge sprechen sich die ukrainischen Parteien dafür aus, daß das Direktorium als oberste Gewalt bleibt und seine Mitglieder in das Kabinett nicht eintreten. Die Mehrzahl der Sozialist-Mitglieder werde sozialdemokratisch sein. Die Sozialrevolutionäre erhalten das Amt des Außenministers und einige andere Posten. Die Sozialrevolutionären nennen sich Kabinett. Die auswärtige Politik wird vom Direktorium selbst geleitet werden. Der Vorsitzende des Ministeriums des Innern wurde der Vorsitzende des Revolutionären Militär-Ausschusses, Tschekowksi, ernannt. Er soll lediglich ausführendes Organ sein. Die Parteien wählen nämlich die bestreitige Einberufung eines allukrainischen Nationalkongresses. Winnitschenko zeichnet als Vorsitzender des Direktoriums, Petljura als Oberbefehlshaber der Truppen der Volksrepublik.

Prinz Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst +

Drahmeldeung der „Böllischen Zeitung“.

kl Wien, 28. Dezember.

Gestern stand plötzlich auf der Jagd in Steiermark infolge Schlags anfalls der fröhliche österreichische Ministerpräsident Prinz Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst, den man als Bevölkerungshauptmann in Czeplik, wo er sich für die Interessen der Arbeiter einzetzte, den roten Prinzen nannte, der dann als leitender Präsident in der Bukowina ein fortwährendes Regime führte, als Statthalter in Triest, mit der Ausweitung unliebsamer Ställener betraut, in Rom Wit errachte. Nach dem Sturz des Ministeriums Vautha wurde er Ministerpräsident, um bereits nach einem Monat, als Kaiser Franz Joseph den Ungarn über seinen Kopf hinweg Zollabkommen machen, zurückzutreten. Im Kabinett Stürgkh war er Minister des Innern und schließlich Finanzminister. Als Kaiser Karl, dessen Bruder, Erzherzog Max, eine Tochter des Prinzen geheiratet hat, Konrad von Hohenlohe zum Obersthofmeister ernannte, knüpfte man davon hohe Erwartungen, die aber wegen des leidenden Zustandes des Prinzen unerfüllt blieben.

Deutsche Militärvlauber in der neutralen Zone. In der Vollstzung der Internationalen Waffenstillstandskommission wurde bekannt gegeben, daß nicht entlassene Militärsoldaten in die neutrale Zone beroland werden können, wenn ihre Angehörigen dort wohnen und wenn sie keine Waffen bei sich führen.

Handelsteil.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Münch, Berlin.

Mansfeld'sche Kupferschiefer bauende Gesellschaft in Elzeleben. Die außerordentliche Gewerkenversammlung erklärte sich mit dem Ankauf zweier Güter zwecks Beseitigung der Bergschädenansprüche einstimmig einverstanden. Der Vorsitzende teilte mit, daß nachdem sich das Ergebnis für 1918 jetzt übersehen lasse, die Deputation beschlossen habe, für 1918 eine Ausbute von wieder 80 M. zu verteilen; außerdem sollen unter Auflösung der Ausbeuterücklage, die jetzt zwecklos geworden sei, ein Bonus von 80 M. ausgeschüttet werden. Die Auszahlung solle ab 7. Januar 1919 erfolgen. Abgesehen von dem Kohlemangel, der jetzt und in Zukunft die Einlegung von Feierschichten notwendig mache, führe die vermindernde Arbeitsleistung auch zu einem Rückgang der Förderung. Weiterhin hätten die Materialkosten, Löhne und Gehälter einen Umfang angenommen, den niemand vorausgesehen hätte. z. B. seien 1915 bei 22 000 Arbeitern 21 Mill. M., 1916 bei 23 000 Arbeitern 41.5 Mill. M., 1917 bei 23 200 Arbeitern 43.75 Mill. M. und 1918 bei 22 800 Arbeitern 54 Mill. M. an Löhnen gezahlt worden. Für 1919 würden nach den bisherigen Leistungen etwa 70 Millionen M. an Löhnen zu zahlen seien. Diese Steigerungen könnten nur ertragen werden, wenn entsprechende Kupferpreise erzielt würden, der Betrieb ungestört bliebe und die Arbeitsleistungen wieder normal würden. Diese Faktoren müßten Hand in Hand gehen, summiert mit einem Sinken der Kupferpreise gerechnet werden müsse. Jedenfalls stehe die Gewerkschaft vor folgenschweren Entscheidungen. Wenn die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken, könne kein Staat, keine Gemeinde und kein Unternehmen bestehen. Die Gewerkschaft trete in das Jahr 1919 mit Befürchtungen ein, die, wenn nicht das normale deutsche Wirtschaftsleben wieder die Oberhand gewinne, unübersehbar seien.

Preiserhöhung im Berliner Platzkohlenhandel. Im Einklang mit der Erhöhung der Grubenpreise, schildert vorgenommen werden. Die Preiserhöhung wird hier von maßgebender Seite auf 1½% für den Zentner geschätzt. Eine so erhebliche Erhöhung sei notwendig, nicht nur im Hinblick auf die Erhöhung der Grubenpreise, sondern auch infolge der starken Erhöhung der Eisenbahntarife, der Schiffsfrachten, der verkürzten Arbeitszeit und der erneuten Lohnforderungen der Arbeiter.

Düsseldorfer Eisenhütten gesellschaft. Die G.V. in der 614 Stimmen vertreten waren, erklärte eine Dividende von 16 Prozent, ab 2. Januar zahlbar. Die Verwaltung teilte mit, daß man in der Lage gewesen wäre, mindestens 20 p.C. Dividende (wie im Vorjahr) zu verteilen, es seien aber sehr hohe Rückstellungen für Kriegsgewinnsteuer notwendig gewesen, die nicht weniger als 842 862 Mark erfordert hätten. Neuengült in den Aufsichtsrat wurde Bürkmeister Haumann und Fabrikbeamter Adrian in Köln sowie Hauptmann A. Sonnenberg in Düsseldorf.

Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation in Köln. In dem Prospekt über die zum Berliner Börsenhandel zugelassenen 8 Mill. M. neuen Aktien bemerkte die Verwaltung, daß die Ergebnisse der ersten sieben Monate des laufenden Geschäftsjahrs zufriedenstellend gewesen sind. Über den voraussichtlichen weiteren Verlauf läßt sich mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen Ergebnisse nichts sagen. Für 1917/18 hatte das Unternehmen 14 p.C. Dividende verteilt.

A.-G. für Garnfabrikation in Lique. In Berlin. Die ordentliche G.V. genehmigte die Liquidationsrechnungen für 1914, für 1915, für 1916 und für 1917 sowie die Liquidationsabschlußrechnung vom 23. Dezember 1917. Für 1914 ergab sich ein Verlust von 1 828 178 M., der am 23. Dezember 1918 auf 1 975 496 M. erhöhte. Aus dem Verlust ergibt sich daß nicht nur das gesamte Aktienkapital von 1 500 000 M. verloren ist, sondern daß noch ausgefallen sind 368 000 M. Hypotheken, 10 097 M. Akzesse und 97 398 M. Gläubigerforderungen. Die Gesellschaft ist seinerzeit von Carl Neuburger gegründet worden.

Bedburger Wollindustrie A.-G. In dem Prospekt über die zum Börsenhandel zugelassenen 8 Mill. M. Aktien wird u. a. mitgeteilt, daß der Absatz in den ersten 10 Monaten des laufenden Geschäftsjahrs rund 70 p.C. des Umsatzes in der gleichen Zeit des Vorjahrs betragen hat. Die Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahrs sind befriedigend. Das Unternehmen ist vollständig auf Friedensbetrieb und Friedensware umgestellt. Mit Auftritten und Material ist die Gesellschaft noch für mehrere Monate versorgt.

Die deutschen Versicherungsgesellschaften hatten bisher ein Abkommen, nach dem sie 90 p.C. aller Kaskoversicherungen in Berlin versichern konnten. Dieses Abkommen ist gestern von Berlin gekündigt worden.

Dividendemabschläge. Vom 27. Dezember d. J. ab werden Böhmisches Brauhaus Aktien (10 p.C.), Dortmund-Brauerei Aktien (20 p.C.), Düsseldorfer Röbel-Brauerei Aktien (8 p.C.), Schwabenbräu Aktien (10 p.C.), Kuntstein Brauerei Aktien (10 p.C.), Löwenbrauerei Dortmund Aktien (10 p.C.), Deutsche Babcock & Wilcox Aktien (17% p.C.), Magdeburger Mühlenwerke Aktien (10 p.C.), Mälmedie & Co. Aktien (18 p.C.), Reutiser Zuckerraffinerie Aktien (15 p.C.), ausschließlich Gewinnanteile für 1917/18 an die börsige Börse gehandelt und notiert.

Wien, 28. Dezember. (Drahmeldeung.) Die ungünstige Ausfahrt von der Börse schon in den letzten Tagen beherrschte wurde, machte sich heute in verschärftem Maße geltend. Verstimmung wirkten neben den allgemeinen militärischen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen Gerüchte über Schwierigkeiten bei der Abschaltung der Forderungen für Heereslieferungen, wodurch namentlich Skoda-Aktien in Middendorf gezwungen wurden, vorwegen Orientwerte unter Gerüchten über die finanzielle Lage der Türkei zu leiden hatten. Auch im Schrankenverkehr war schwache Grundstimmung vorherrschend, nur am Rentenmarkt zeigte sich wieder Nachfrage; Notenrenten erhöhten ihren Kurs um 3 p.C.

Amerikanische Finanzen. Im letzten Rundschreiben des Guaranty Trust, New York, findet sich folgende Stelle: Infolge dieses Krieges ist die Verschuldung der Vereinigten Staaten im Auslande von rund 800 000 000 Pfd. Sterl. um mindestens 600 000 000 Pfd. Sterl. herabgesetzt worden. Daneben haben Privatkapitalisten zwischen 800 und 400 Millionen Pfd. Sterl. an anständliche Restierungen ausgedehnt, während unsere Regierung über 1 600 000 000 Pfd. Sterl. in Krediten dem Verbündeten eingeräumt hat. Die jährliche Verschuldung dieser Vereinigung an uns wird sich auf mehr als 80 000 000 Pfd. Sterl. hauptsächlich, und es ist anzunehmen, daß die privaten Kredite vorerst nicht auf Rückerstattung erfolgen.

New York, 21. Dezember. (Eigene Meldung.) Die St. Louis and San Francisco Eisenbahn verkaufte 10 500 000 Sprots. Noten.

Todesfall. Am 18. d. verschied der langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der J. Brüning & Sohn A.-G. in Berlin, Kommissionsrat Heinr. Brüning, ehemaliger Teilhaber der seit 1848 bestehenden 1898 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Firma gleichen Namens, die in der Holzwarenindustrie eine hervorragende Stellung einnimmt.

Neueröffnete Konkurrenz.

E. = Eröffnungstermin A = Ablauf des Anmeldefristen
G.V. = Gläubiger-Versammlung P = Prüfungstermin

| Name | Wohnort | Amt | eröffn. |
<th
| --- | --- | --- | --- |